

Stellungnahme des Personalrats zur Vorlage 019/19 Konkretisierung der Personalkostenreduzierung 2019

mit der Bitte um Beilage zur Vorlage

Der Personalrat hat gegen den Beschlussvorschlag drei keine Einwände.

Der Beschluss des Gemeinderats mit dem Auftrag an die Verwaltung, 1 Mio Euro einzusparen, entbehrt jedoch jeder sachlichen Grundlage. Es ist eine rein politische Zahl.

Der Personalrat hat schon oft darauf hingewiesen, dass bei der Stadt Ludwigsburg seit Jahren eine Personal-Unterdeckung besteht. Die seit Jahren geübte interne Praxis, nur Stellen im Stellenplan aufzunehmen, die zwingend notwendig sind, wird durch den Beschluss des Gemeinderats, eine weitere Million Euro einzusparen, drastisch verschärft.

Die von der Verwaltung vorgelegten Einspar-Potentiale betrachten wir jedoch differenziert.

Sie betreffen einerseits Aufgaben, die mangels Personal nicht umgesetzt werden können. Dies trifft die Bürgerinnen und Bürger Ludwigsburgs. Ihnen wird eine bessere Dienstleistung städtischer Angebote vorenthalten. Dies werden wir der Bevölkerung entsprechend mitteilen.

Andererseits sind Stellen betroffen, die zu einer weiteren Verschärfung von personellen Situationen bei unseren Kolleginnen und Kollegen führen.

Der Personalrat lehnt daher die Besetzungssperren

- Poolstellen Kindertageseinrichtungen
- Poolstellen Hauswirtschaftskräfte
- Personalreservestellen

ab. Hier wird der Verwaltung zu Lasten unserer Kolleginnen und Kollegen jegliche Flexibilität bei Personalausfällen genommen. Im Gegensatz dazu zeigt die Belegschaft ihre Flexibilität in Form von Überstunden. Mit derzeit rund 50.000 Überstunden und 5.350 gekappten Überstunden in 2018 leistet die Belegschaft einen erheblichen eigenen Beitrag zur Kostensenkung beim Stellenplan. Auf Arbeitszeit bezogen handelt es sich dabei um rund 30 Stellen.

Sollte der Verwaltung die Flexibilität durch Entscheidung des Gemeinderats genommen werden, ist der Personalrat nicht mehr bereit, einer entsprechenden Flexibilität auf Seiten der Belegschaft zuzustimmen. Bei Anordnung von Mehrarbeit, Überstunden, Bereitschaftsdienst und Rufbereitschaft besitzt der Personalrat die uneingeschränkte Mitbestimmung. Es ist aus unserer Sicht ein geeignetes Mittel, sich gegen Einsparungen in der aktuellen prekären Lage zu wehren.

Wie bereits beantragt, erwarten wir eine öffentliche Beratung im WKV und Gemeinderat, damit sich die Belegschaft, aber auch die Bürgerinnen und Bürger persönlich über die Entscheidungsfindung informieren können.